



Foto: fotolia/LanaK

Kein Profit mit Geburten

In Paris kämpft eine kleine Geburtsklinik gegen ihre Schließung. Seite 3

Das Terrorgeflecht des NSU

Opferanwälte machen Job der Ermittler und verweisen auf Dortmunder Spuren. Seite 5

Astronaut im Anflug

Alexander Gerst dockt heute in 400 Kilometer Höhe ab. Seite 20

Foto: dpa/NASA



Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 10. November 2014

69. Jahrgang/Nr. 261

STANDPUNKT

Typisch deutsch

Gabriele Oertel über die Feierlichkeiten zum Fall der Mauer

Der große Feiertag ist vorüber. Und es ist alles gesagt – und zwar wohl tatsächlich von allen. Gorbatschow, Merkel, Kissinger, Biermann, Gauck – selbst der Alt-Kanzler der Einheit hat sich mit seiner früheren Skepsis gegenüber den Bürgerrechtlern noch einmal zu Wort gemeldet. Wohlfeile Reden, Staatsakte, Ausstellungen, Blumen, Kränze, Lichter, nachträgliche Deutungsversuche – wir hatten von allem genug. Das für die Welt erdachte Bild über das ein Vierteljahrhundert vereinte Deutschland ist bunt – und trotzdem ziemlich deutsch: triumphierend, auftrumpfend, freudenheulend, wie es sich – Jubiläum hin oder her – eigentlich an einem jeden 9. November in diesem Land nicht gehört. Und selbst unter den nur dieses einen Tages vor 25 Jahren gedenkenden Menschen gibt es nicht nur die feiernden. Aber schon jene, die nachdenklich sind, weil das größer gewordene Deutschland sich nicht nur zum Besseren entwickelt, werden als störend empfunden. Und die dritten, deren Tränen nicht durch Rührung hervorgerufen werden, gelten geradezu als lästig. Dabei will keiner von denen die Mauer wieder.

Dass aber eine nicht kleine Anzahl ehemaliger DDR- und BRD-Bürger wie auch manche ihrer gesamtdeutschen Nachkommen partout nicht den von Jahr zu Jahr verächtlicher werdenden Blick nach hinten lernen wollen und beim Blick nach vorn mancherlei Bauchschmerzen haben, wurde beim politischen Wiederbelebungsversuch einer längst vergangenen Euphorie ausgeblendet. Und also viel getan, um das zu konservieren.

UNTEN LINKS

In der Serie »vergessene 25-Jahre-Jubiläen« wollen wir an eines der bedeutsamsten Ereignisse der **Wende** erinnern. Besser gesagt: An einen bisher weithin verschwiegenen Meilenstein der Friedlichen Revolution. Der Rolle der Bedeutung des Vorgangs angemessen schlagzeilte das ND am 10. November 1989 auf Seite 1: »DDR-Fernsehen gibt Sehbeteiligung bekannt«. Die »Aktuelle Kamera« kam damals auf 47 Prozent. »Auch die Donnerstag-Live-Gesprächsrunden fanden viel Zuspruch.« Die bis dato geheim gehaltenen Angaben, »teile Adlershof mit«, würden nun öfter abgedruckt. Damit nicht länger Meldungen wie diese unterdrückt werden: »Zu den dauerhaften Favoriten in der Zuschauergunst zählten Beiträge der Bereiche Abenteuer, Krimi und Spannung.« Hätten Sie es gedacht? Trotz SED! Die Redaktion hat damals ganz richtig entschieden – und dieser Nachricht auf der Titelseite den Vorzug zu geben. Sonst hätte da vielleicht noch etwas vom Mauerfall gestanden. *tos*

Mauerfallfeier – Freude & Furcht

Merkel: Signal der Hoffnung für die Welt, Gorbatschow: neuer Kalter Krieg droht



Berlin war in Feierlaune – trotz der Schatten an der Wand

Foto: AFP/Tobias Schwarz

Berlin. Mit zahlreichen Veranstaltungen wurde am Sonntag an den Fall der Berliner Mauer vor 25 Jahren erinnert. »Der Tag der Freiheit ist immer auch ein Tag des Gedenkens an die Opfer«, meinte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen, ein ideologiebesessenes Regime. Der Fall der Mauer am 9. November 1989 sei daher auch ein Signal der Hoffnung für die Krisen- und Konfliktherde der Welt. »Wir können die Dinge zum Guten wenden.« Diese Botschaft richte sich besonders »an die Menschen in der Ukraine, in Syrien und in Irak und in vielen anderen Regionen unserer Welt, in denen Frei-

heits- und Menschenrechte bedroht oder gar mit Füßen getreten werden.« Beim Feiern blieb wenig Raum für Nachdenklichkeit. Genutzt hat ihn der frühere sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow. Nach der deutschen Wiedervereinigung habe es so ausgesehen, als könnte Europa durch die Schaffung gegenseitigen Vertrauens ein Beispiel für Konfliktlösungen weltweit werden, sagte er am Samstag in Berlin. Doch der Test der Erneuerung sei nicht bestanden worden. »Die Welt steht am Rande eines neuen Kalten Krieges. Einige sagen, er hat bereits begonnen«, so Gorbatschow.

Auch 25 Jahre nach dem Mauerfall sind nach Ansicht von LINKE-Chefin Katja Kipping viele Hoffnungen der Ostdeutschen nicht erfüllt. Die Menschen seien damals auch auf die Straße gegangen, weil sie nicht mehr überwacht werden wollten. Darauf warteten sie noch heute. »Es gibt noch viel zu tun im Sinne einer Verwirklichung von Demokratie, Freiheit und Sozialismus«, kritisierte Kipping.

An verschiedenen Orten war gestern auch an die Reichspogromnacht 1938 erinnert worden. Damals begann die systematische Verfolgung der Juden, die knapp drei Jahre später in den Holocaust mündete. *hei Seite 2*

43 Studenten ermordet und verbrannt

Mexiko: Geständnisse von Bandenmitgliedern erhärten den lange gehegten schrecklichen Verdacht

Sechs Wochen nach dem Verschwinden der mexikanischen Studenten haben drei Bandenmitglieder gestanden, die 43 Menschen verbrannt zu haben.

Von Regine Reibling, Quito

Diese Nachricht hat ganz Mexiko gefürchtet. Die verschleppten Studenten sind mit großer Wahrscheinlichkeit tot. Ermordet und verbrannt. Drei Mitglieder der kriminellen Bande »Guerreros Unidos« haben laut Generalstaatsanwaltschaft gestanden, die Studenten exekutiert zu haben.

Generalstaatsanwalt Jesus Murillo Karam zeigte auf einer Pressekonferenz Videomitschnitte der Verhöre. Die Schilderungen der mutmaßlichen Täter gleichen einem Horrorfilm. Die Körper der Studenten seien auf einer Müllkippe zusammen mit Reifen und Holz mit Benzin übergossen und angezündet worden. Das Feuer habe bis zum nächsten Tag, bis zu

14 Stunden lang gebrannt, so eine der Aussagen. Die verkohlten Reste hätten die Täter dann in Tüten verpackt und in einen nahen Fluss geworfen. Die Ermittler hätten dort menschliche Überreste gefunden, so der Generalstaatsanwalt. Diese seien aber in einem schwer identifizierbaren Zustand. Deshalb sollen die Überreste nun von Spezialisten in Österreich an der Universität Innsbruck untersucht werden. Wie lange diese Untersuchungen dauern werden, ist unklar. Bis ein DNA-Abgleich vorliegt, gelten die Studenten laut Generalstaatsanwalt weiter als verschwunden.

43 Lehramtsstudenten waren Ende September nach einer Protestaktion in der Stadt Iguala im Südwesten Mexikos verschwunden. Sechs Menschen waren zuvor getötet worden. Der Bürgermeister von Iguala, José Luis Abarca, und seine Frau sollen die Festnahme der Studenten angeordnet haben. Die Frau befürchtete, dass die Studenten eine geplante Veranstaltung stören könnten. Polizisten übergaben die Studenten der kriminellen Bande Guerreros Unidos. Mitglieder der

»Das Volk will dich nicht!«

Demonstranten vor dem Nationalpalast in Mexiko-Stadt an die Adresse von Präsident Peña Nieto

Gang sollen die Studenten dann auf einer Art Viehtransporter und in einem Transporter von Iguala in die rund 20 Kilometer entfernte Gemeinde Cocula gebracht haben. Auf der Fahrt sollen 15 Studenten bereits erstickt sein.

Sowohl Polizisten als auch die örtlichen Politiker standen in Iguala auf der Gehaltsliste der kriminellen Bande. Der Korrupti-

onssumpf zwischen Politik, Sicherheitskräften und Drogenkartellen scheint vor allem im Bundesstaat Guerrero zu blühen. Amnesty International Mexiko spricht von einem Versagen der Regierung. Die Verschleppung der Studenten sei nur das letzte Glied einer Horrorseerie, sagte Erika Guevara Rosas, Direktorin von Amnesty International Amerika. Korruption und Gewalt im Land seien als Warnhinweise einfach ignoriert worden. Somit hätten sich die Behörden, die viel zu spät mit den Ermittlungen begonnen hätten, zu Komplizen dieser Tragödie gemacht.

Mexikos Präsident Enrique Peña Nieto sprach von einem »sehr schweren Moment für das ganze Land«. In Mexiko-Stadt versuchten verummte Angreifer, in den Nationalpalast einzudringen. Im Bundesstaat Guerrero bewarfen Demonstranten den Sitz der Regionalregierung mit Brandsätzen und zündeten Autos an.

Keine Schließung von Guantanamo zu erwarten

US-Kommandant Heath sieht viele »Feinde« unter den Gefangenen

Guantanamo Bay. Der Kommandant des US-Gefangenenlagers Guantanamo glaubt nicht an die Schließung des höchst umstrittenen Lagers bis zum Ende seiner Amtszeit im Sommer 2016. »Ich denke, das ist eine unrealistische Hoffnung«, sagte David Heath in einem Interview am Freitag. Er habe keine eigene Meinung zur Schließung des Lagers, werde aber die Anweisungen von Präsident Barack Obama umsetzen, versicherte Heath. Obama verspricht seit seinem Amtsantritt die Schließung des Lagers bis zum Ende seiner Amtszeit im Januar 2017, er stößt mit diesem Vorhaben aber auf großen Widerstand.

Nach Ansicht von Heath sind »zahlreiche« der verbliebenen 148 Häftlinge in dem Marinestützpunkt an der Südspitze Kubas »Feinde« der USA. Die Gegner der Schließung von Guantanamo sähen die Gefahr, dass sich Häftlinge nach ihrer Freilassung dem Kampf gegen die USA anschließen. Sie weisen darauf, dass etliche Ex-Häftlinge auf Seiten der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat in Irak und Syrien kämpfen. Der Großteil der Häftlinge ist seit fast 13 Jahren als »feindliche Kämpfer« in Guantanamo inhaftiert, die meisten ohne Prozess.

79 der 148 Häftlinge sind derzeit zur Freilassung vorgesehen – teilweise bereits seit 2010. Es gebe jedoch, so heißt es, rechtliche Probleme und große Schwierigkeiten, Aufnahmeländer für die Männer zu finden. Am Mittwoch wurde erstmals seit fünf Monaten ein Häftling freigelassen. Heath, der seit Ende Juni Lagerkommandant ist, zeigte sich erleichtert, dass die Rückführung des Kuwaiters Fawzi al-Odah problemlos verlaufen sei. Laut einem Vertreter des US-Verteidigungsministeriums sind im Winter 15 weitere Freilassungen geplant. *AFP/nd*

Kommentar Seite 4

Dem Streik sollen Verhandlungen folgen

Bahn und Lokführer zeigen sich gesprächsbereit / Gewerkschaft kann sich weiteren Ausstand vorstellen

Berlin. Nach dem vorzeitigen Ende des Lokführerstreiks wollen Bahn und Gewerkschaft GDL wieder verhandeln. »Wir diskutieren jetzt erstmal nicht über Streiks«, sagte GDL-Chef Claus Weselsky am Samstag auf dem Leipziger Hauptbahnhof. »Wir warten auf Verhandlungen.« Bahn-Chef Rüdiger Grube sagte der »Bild am Sonntag«, das Unternehmen sei jederzeit zu Verhandlungen bereit. »Jeder Tag zählt.« Einen neuen Termin für Verhandlungen gibt es bislang nicht. Die GDL hatte ihren Streik am Samstagabend um 18 Uhr beendet. Ursprünglich sollte der Ausstand bis Montagfrüh andauern.

Die Gewerkschaft fordert in dem Tarifkonflikt für die Beschäftigten mehr Geld sowie eine kürzere Arbeitszeit. Vor allem will sie neben den Lokführern künftig auch das übrige Zugpersonal in Verhandlungen vertreten, für das bislang die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) zuständig ist. Die Bahn dagegen will konkurrierende Tarifverträge einzelner Berufsgruppen verhindern. Weselsky sagte in Leipzig, er sei bereit zu parallelen Verhandlungen der Bahn mit GDL und EVG zur gleichen Zeit und am gleichen Ort. Grube forderte die GDL zum Einlenken auf. Diese müsse sich »ihrer Verantwortung bewusst und zu Kompromissen bereit sein«. Die GDL signalisierte, streikbereit zu bleiben. Der Vorsitzende für Berlin, Sachsen und Brandenburg, Frank Nachtigall, machte am Samstag im rbb-Inforadio deutlich, falls die Bahn nicht einlenke, werde es zu weiteren Ausständen kommen. *dpa/nd*

ISSN 0323-4940

